



Österreich



Schule für das Leben statt für die Wirtschaft

Eine Bildungsreform, die diesen Namen auch verdienen soll, müsste vor allem die soziale Auslese beenden. In **VORWÄRTS** hält eine engagierte Schülerin ein Plädoyer für eine "andere" Schulreform. Kleinere Klassen und Selbstbestimmung für SchülerInnen wären da erst der Anfang... SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Arbeitskampf in den Druckereien?

Der Unternehmerverband der Druckbranche macht klar wohin die Reise gehen soll: Die Lohnkosten sollen um 10% runter. Spät aber doch gibt es einen Streikbeschluss. Diesen gilt es mit Leben zu füllen. SEITE 3

Schwerpunkt

Welcher Weg führt aus der KRISE?

Konjunkturpakete haben Hochkonjunktur. **VORWÄRTS** wirft einen Blick auf Barack Obamas "Stimulationspaket" und den von Franz Voves propagierten "österreichischen Weg". Während sich plötzlich auch die BankmanagerInnen auf John M. Keynes rückbesinnen, sagt **VORWÄRTS**: "Schlag' nach bei Marx." SEITEN 4/5

Internationales



Europas ArbeiterInnen schlagen zurück

In ganz Europa gehen ArbeiterInnen gegen die Auswirkungen der Krise auf die Barrikaden. Dabei entdecken sie "alte" Kampfmethoden wieder: Streik, Betriebsbesetzungen und "Boss-Napping". SEITE 7

STREICHEN bei den Reichen statt Sparen bei den Armen

Wir fordern Milliarden für Bildung, Gesundheit und Jobs statt für Banken!

von Sonja Grusch, SLP Wien

"Warum soll ich die Krise zahlen? Ich hab nicht spekuliert und hab auch in den letzten Jahren vom Wachstum eigentlich nichts gehabt", meinen viele zu Recht! Ein Blick in die Nobelviertel in Wien, Salzburg oder nach Kitzbühel zeigt, wo das Geld ist: Da werden Luxusapartements gebaut, stehen teure Autos rum, da stinkt es förmlich nach Geld. Ein Herr Meinel kann in Minuten 100 Millionen Euro locker machen, um Kautions zu hinterlegen.

Arme Reiche?

Sind wir neidig, wie es ein Finanzminister Pröll behauptet, der vor einer "Neiddebatte" warnt? Es geht hier nicht um Neid, sondern um Gerechtigkeit – und zwar in der Gesellschaft. Es ist nicht gerecht, wenn Einkommen und Vermögen so ungerecht verteilt sind, wenn es 250.000 Kinder in Österreich gibt, die in Armut leben und andererseits 77.000 MillionärInnen im Geld schwimmen. Die jetzige Krise wird diese Ungerechtigkeit weiter vertiefen – zumindest wenn es nach den Plänen der Regierung und der Wirtschaft geht. Aber es ist kein Naturgesetz, dass wir ihre Krise zahlen – es geht auch anders.

Wer oder was ist schuld an der Krise?

Die Regierung spricht konsequent von einer Finanzkrise und tut so, als ob nur einige böse SpekulantInnen in den USA an allem Schuld wären. Tatsächlich handelt es sich um eine handfeste Wirtschaftskrise, an der österreichische Banken mit ihren Spekulationsgeschäften in Osteuropa und österreichische Unternehmen mit ihrem Lohndruck der letzten Jahre mitgewirkt haben. Es liegt aber nicht nur an den Fehlern einzelner Unternehmen, sondern am kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst. Es führt zwangsläufig immer wieder zu Krisen. Dagegen hilft letztlich keine Kontrolle, keine Regulierung und keine "gute" Politik. Der Kapitalismus ist ein System, bei dem es um Profite geht. Die aktuelle Situation beweist: Langfristig



hilft kein Schönreden und kein Fantazieren über eine "soziale Marktwirtschaft". Kapitalismus heißt Krise, heißt Arbeitslosigkeit, heißt soziale Probleme. Das ist die traurige Realität.

Regierung & Wirtschaft nutzen Krise für Angriffe

Finanzminister Pröll behauptet in seiner Budgetrede, das Budget 2009/10 wäre eine "Kampfansage an die Krise". Der Löwenanteil der Neuverschuldung ist allerdings nicht für soziale Maßnahmen, sondern fließt fast ausschließlich in die Taschen der Banken. Allein für 2009 sind 10,3 Milliarden für die "Finanzmarktstabilität" vorgesehen. Mehr als für jedes andere Ressort. Das Budget ist zwar kein "Sparpaket" wie wir es aus den 1990er Jahren kennen. Aber es bereitet weitreichende Angriffe auf Bildung, Gesundheit, Arbeitslose, Öffentlich Bedienstete und letztlich uns alle vor. Im Öffentlichen Dienst werden tausende Stellen gestrichen. Für Arbeitslose gibt es vom Bund kaum Geld, da das Arbeitslosengeld "zum allergrößten Teil über die Arbeitslosenversicherungsbeiträge finanziert" wird. Die Banken aber erhalten Milliarden und für Haftungen und günstige Kredite an Unternehmen nimmt der Staat mehre-

re hundert Millionen in die Hand. Auch wenn wir keine Glaskugel haben, so lässt sich doch voraussagen: Die Haftungen werden stärker als früher schlagend, d.h. wir sitzen dann auf den Schulden der Unternehmen. Und wenn das Geld knapper wird, dann folgen weitere Sparmaßnahmen bei Spitälern und Gesundheitswesen, Kürzungen bei Pensionen und Bildung.

Beispiel LehrerInnen

Bei den LehrerInnen hat die Regierung gezeigt, worum es geht: mehr Arbeit für weniger Geld. Ursprünglich ging es um zwei Stunden pro Woche Mehrarbeit, das Ergebnis ist nun eine Woche Mehrarbeit im Jahr. Außerdem Einkommens Kürzungen und unbezahlte Überstunden. Ganz gezielt hat die Regierung – maßgeblich die SPÖ – versucht, die LehrerInnen zu mobben, um so ihre Pläne durch zu bekommen. Aber die LehrerInnen waren nur das Testfeld, auf dem Regierung und Unternehmen ausprobiert haben, wie weit sie mit ihren Angriffen gehen können. Nun, da die GÖD klein beigegeben hat und die Arbeitszeitverlängerung und die Einkommens Kürzungen durch sind, wird ähnliches auch von anderen Berufsgruppen gefordert werden.

Es geht auch anders

Zahlen sollen nach Regierungsvorstellung wir. Über 65% der Steuereinnahmen werden von ArbeitnehmerInnen bezahlt, während Unternehmen mit der Körperschaftsteuer weniger als 9% zu den Staatseinnahmen beitragen. Geld und Vermögen sind extrem ungerecht verteilt. 10% der Bevölkerung besitzen 2/3 des Gesamtvermögens. Das reichste Prozent der ÖsterreicherInnen hat mehr Vermögen als die untersten neunzig Prozent. Daran ist nichts "natürlich" oder gerecht. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer geht in die richtige Richtung – aber nicht weit genug. Wir meinen, dass Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung bekämpft werden soll. Wir meinen, dass Armut durch einen Mindestlohn von 1.100,- netto bekämpft werden kann. Wir meinen, dass Jobverluste durch die Übernahme, Verwaltung und Kontrolle von Betrieben durch die Beschäftigten, die KonsumentInnen und VertreterInnen der Gesamtgesellschaft bekämpft werden müssen. Und wir meinen, dass es dazu kämpferische Gewerkschaften statt des laschen ÖGB und eine neue, sozialistische Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche braucht.

60.000 SchülerInnen zeigen es vor: Alle in den Streik!

Am 15. und 16. Mai ist eigentlich ein internationaler Protesttag. Der ÖGB sollte diesen nutzen, um alle Beschäftigten gegen die erfolgten und drohenden Angriffe auf die Straße zu bringen. 60.000 SchülerInnen haben am 24. 4. gezeigt, dass Protest auch gegen Widerstände möglich ist. Der ÖGB hat die Aufgabe, nicht mehr nur zu reden und zu bitten, sondern endlich zu handeln!

Bei der Sozialistischen LinksPartei kannst Du / können Sie aktiv werden und gemeinsam mit Gleichgesinnten in Betrieben, Ämtern, Schulen und Universitäten gegen die Krise und ihre Auswirkungen auftreten. Alle Informationen findest Du / finden Sie auf www.slp.at

Eine Schule für das Leben – nicht bloß für die Wirtschaft

So stellen sich SozialistInnen eine echte Bildungsreform vor

von Elisabeth Brahier, SLP Salzburg

Stell dir vor... Du kommst morgens in deine Klasse und hast höchstens 15 MitschülerInnen. Ihr selbst bestimmt gemeinsam, was ihr an diesem Tag lernen wollt. In deiner Klasse ist es möglich, dass sich die Lehrerin oder der Lehrer die Zeit nimmt, deine Fragen ausführlich zu beantworten und die ganze Klasse traut sich dabei einfach mitzureden. Monologe der LehrerInnen gibt es nicht, stattdessen erarbeitet ihr alles in eurer Gruppe. Und das nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch: Immer wieder geht ihr in Betriebe, sei es eine Solarzellen-Fabrik, ein Stahlwerk, oder eine Softwarefirma.

Es gibt kaum Konkurrenz zwischen den MitschülerInnen, denn bei euch gibt es keine Noten und ihr braucht euch keine Angst um eure berufliche Zukunft zu machen. Du kannst jede und jeden fragen, ob er oder sie dir hilft, wenn du etwas nicht verstehst.

„Klassensystem“ – auch im Schulwesen

Leider sieht die Wirklichkeit des österreichischen Schulsystems vollkommen anders aus.

Statt uns zu mündigen, gleichwertigen Menschen zu erziehen, hat das Bildungssystem in einem Staat, wie dem unseren, primär die Aufgabe, die breite Masse auf den kapitalistischen Produktionsprozess vorzubereiten. Von Anfang an bekommen wir heute die Auswirkungen der Klassengesellschaft zu spüren. Wir sollen lernen, uns Autoritäten unterzuordnen – gelernt wird in Konkurrenz um bessere Noten.

Schule im Kapitalismus ist undemokratisch: Von oben wird bestimmt, was, wie und in welcher Zeit zu lernen ist, und auch, wer was lernen darf.

Die Teilung der Gesellschaft in Menschen, die umfassend gebildet sind und solche, die weniger oder gar keine Bildung haben, ist so alt wie die Teilung in Herrscher und Beherrschte. Die Geschichte des Bildungswesens ist daher ebenfalls Teil der Geschichte von Klassenkämpfen, die zu Veränderungen führten und führen. Um unserem mangelhaften Schulsystem aus dem Weg zu gehen, schicken jene Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf eine Privatschule, damit diese dort eine ausgezeichnete Eliteausbildung erfahren können. Laut „Euro Student Report“ beträgt der Anteil der „Arbeiterkinder“ unter den Studierenden in Deutschland 16, in Frankreich 18 und in Österreich neun Prozent.

Bildung muss Recht für alle sein, nicht Privileg für wenige.

Alle Kinder und Jugendlichen haben unabhängig von ihrer Herkunft und dem Einkommen ihrer Eltern



Stell dir vor... Du kommst morgens in deine Klasse und hast höchstens 15 MitschülerInnen. Ihr selbst bestimmt gemeinsam, was ihr an diesem Tag lernen wollt.

das gleiche Recht auf die bestmögliche Bildung! Bildung im Sozialismus bedeutet die Möglichkeit, sich nach seinen Interessen immer wieder neu orientieren zu können, ein lebenslanges Lernen ohne Grenzen. Die SchülerInnen lernen in ganztägigen Gemeinschaftsschulen, in denen sie nicht in Klassen, sondern in Kurse und Stufen gemäß ihren Fähigkeiten und Vorlieben aufgeteilt sind. Natürlich muss jedes Kind lesen, schreiben und rechnen lernen. Dies dürfte in Kleingruppen am sinnvollsten umzusetzen sein. Es gäbe jedoch keine starren Unterrichtszeiten. Die Schule wäre ein Ort, an dem es ganztags möglich wäre zu lernen und zu lehren. Lerngruppen wären kleiner, die/der LehrerIn LernhelferIn statt Autoritätsperson. Druck durch Noten wäre abgeschafft, vielmehr würde Wert gelegt auf individuelle Förderung und gegenseitige Hilfestellung. Abgesehen davon, sind auch „außerschulische Lernorte“ eine Verzahnung

von Praxis und Theorie im Unterricht, im Sozialismus der Normalfall. Auch alle Zuzahlungen für Lernmittel, Mittagessen, Ausflüge oder Exkursionen gehören abgeschafft. Eine sozialistische Gesellschaft beruht darauf, dass jede und jeder sich in die Gesellschaft einbringt, sodass demokratisch über alle Lebensbereiche entschieden werden kann. Deshalb wird das Bildungssystem in einer sozialistischen Gesellschaft den Kindern und Jugendlichen nicht von oben verordnete Inhalte und Arbeitsweisen aufzwingen. Die Lehrinhalte und Lernmethoden würden gemeinsam demokratisch auf verschiedenen Ebenen von den Lehrenden, Eltern und SchülerInnen diskutiert und erstellt. Es gäbe Interessensvertretungen mit politischem Mandat und Streikrecht. Außerdem würde dem wachsenden Einfluss der Konzerne auf Forschung und Lehre, durch Sponsoring und Privatisierung von Bildungsstätten, ein Ende gesetzt werden.

Staatsbankrott Österreich? Und wer bezahlt...

von Laura Rafetseder, SLP Wien

Nachdem uns Regierung und Wirtschaftsfuzzis jahrelang erzählt haben, in Österreich sei die Wirtschaft stabil, „weil ja so gut in Osteuropa investiert wurde“ – hat sich nun dieser scheinbare Wettbewerbsvorteil zum größten Problem gewandelt. Die österreichischen Banken werden ähnliche Erfahrungen machen müssen, wie die Banker in den USA: Hohe Profite ohne Risiko gibt's nicht.

Imperialismus auf Österreichisch –

Passiert ist dabei folgendes: Österreichische Banken haben jahrelang in großem Stil Kredite in Fremdwährungen ausgereicht, die aufgrund der Abwertung vieler Währungen nun faul zu werden drohen. Der wirtschaftliche Abschwung sorgt für weitere notleidende Kredite. Ähnlich wie die Banken in den USA haben die

„Österreich ist nach Island und Irland das Land mit dem größten Risiko einer Staatspleite“, warnt der amerikanische Ökonom Paul Krugman.

österreichischen Banken nichts anderes getan, als eine riesige Kreditblase zu schaffen: Fast 270 Mrd. Euro Kredite haben die Austro-Banken in Osteuropa vergeben – das sind fast 70 Prozent des BIP. Das Problem im Osten: Die Wirtschaftskrise hinterlässt tiefe Spuren, Investoren ziehen ihr Geld wieder ab, das destabilisiert die Währungen. Im gleichen Maß, in dem ihre Währung absackt, steigt ihre Schuldenlast im Ausland – und schließlich die Gefahr eines Staatsbankrotts. Dadurch entstehende Kreditausfälle können eine weitere Kettenreaktion nach sich ziehen – und die Österreichischen Banken in die Bredouille bringen,

Wie schlimm wird's?

Ein paar Zahlen, um sich die Größenordnungen zu vergegenwärtigen: Insgesamt haben europäische Banken 1.241 Milliarden Euro an osteuropäische Länder vergeben. Die größten Kredite verteilen sich folgendermaßen: Spitzenreiter ist Österreich mit 226 Milliarden, gefolgt von Italien (181 Milliarden), Deutschland (179), Frankreich (136), die Niederlande (97), Schweden (87), Großbritannien (36) und dem Schlusslicht Spanien mit „nur“ acht Milliarden. Von den 226 Milliarden Euro Ostkrediten österreichischer Banken entfallen auf Tschechien 51 Milliarden, Rumänien

36, Ungarn 30, Slowakei 26, Kroatien 20, Russland 19, Polen 13 und die Ukraine 10 Milliarden Euro. Die Bank für Wiederaufbau rechnet in einer eher unrealistisch optimistischen Prognose mit einem Kreditausfall von bis zu fünfzehn Prozent, das wäre dann eine Summe von etwa zwanzig Milliarden Euro. Das ist jedenfalls mehr als die von der Regierung für das Bankenpaket veranschlagten 15 Milliarden Euro.

Wir finden jedenfalls, dass die Banken und Unternehmen haften und zahlen sollten – und nicht die ArbeitnehmerInnen, egal in welchem Land. Dazu braucht es eine grundlegend andere Politik. Die Banken müssen international von den Beschäftigten übernommen werden und in öffentliches Eigentum überführt werden. Sie müssen sich an Bedürfnissen, nicht an Profiten orientieren. Nur so kann verhindert werden, dass sie sich auf unsere Kosten bereichern.



Der Standpunkt

von Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin

SPÖ: Drama mit verteilten Rollen

Claudia Schmied übernimmt die Rolle des Räubers. Sie hat sich gegenüber den LehrerInnen voll durchgesetzt und Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen durchgebracht. Und damit kriegt sie auch die Rolle der Eisernen Lady alias Magaret Thatcher, die berühmtberüchtigt für ihre Angriffe auf die britischen ArbeitnehmerInnen war. Schmied folgt Thatcher auch in ihrem Anti-Gewerkschaftskurs. Streikenden LehrerInnen wird mit Entlassung gedroht, protestierende SchülerInnen sollen mit Klagen eingeschüchtert werden.

Faymann fühlt sich in der Rolle des Krokodils – oder auch als Wadelbeißer – wohl. Im Einklang mit Schmied wird wüstes LehrerInnen-Mobbing betrieben und gegen die Gewerkschaft gewettert. Ja, die GÖD ist ein konservativer Moloch, aber sich gegen die Schmied-Angriffe zu wehren, war im Sinne der Beschäftigten.

Der steirische SPÖler Voves gibt den Wolf im Schafspelz oder besser in der Robin-Hood-Maske. Er setzt sich für eine neue Vermögenssteuer ein. Was aber nichts mit einem grundsätzlichen Kurswechsel zu tun hat, sondern damit, dass jede bürgerliche Partei – und eine solche ist die SPÖ in zwischen – ein populistisches Element braucht, um WählerInnenstimmen zu keilen.

Von Gusenbauer geerbt hat die GÖD die Rolle des Umfallers: auf Druck der LehrerInnen wurde – richtigerweise – mit Streik gedroht. Der erreichte Kompromiss ist ein Verkauf der LehrerInnen.

Die SPÖ braucht nicht mehr umzufallen. Sie ist eifrig bemüht darum, die bessere Partei der Wirtschaft zu sein. Und darum macht sie den Rammbock gegen ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaft und benützt die Medien um Falschinformationen zu verbreiten. Und versucht Jugendliche in Geiselnhaft für ihre Zwecke zu nehmen.

Warum ich mich über die SPÖ aufrege? Die ÖVP ist doch um nichts besser?! Ja, stimmt. Die ÖVP agiert zwar weniger offen und hat die SPÖ gegen die LehrerInnen vorgeschickt, fordert und unterstützt aber die Angriffe auf ArbeitnehmerInnen. Dennoch gibt es immer noch Menschen, die so tun, als ob die SPÖ „anders“ oder „linker“ wäre. Für solche wird Voves platziert, um sie in der SPÖ zu halten. Schließlich sollen sie die SPÖ als „kleineres Übel“ weiter unterstützen und ihr so die Möglichkeit geben, ihr Drama weiter zu spielen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Serie zum ÖGB-Bundeskongress, Teil II

Liegt die Zukunft schon hinter uns?

von Christoph Altenburger, SLP Wien

„Reformprojekte im ÖGB und Entwurf für eine zukunftsorientierte Gewerkschaftsarbeit“, so lautet der zweite angekündigte Schwerpunkt des Bundeskongresses des ÖGB im Juni 2009 (zum ersten Punkt siehe Vorwärts 180). Reformen wurden schon am letzten Kongress angekündigt und angesichts der Krise ist eine zukunftsorientierte Gewerkschaftsarbeit dringend nötig.

Die Frage sei erlaubt: Wo war der ÖGB in den letzten Jahrzehnten, als der Sozialstaat abgebaut wurde? Warum brach er den Widerstand ab, als die Pensionen durch ÖVP und FPÖ gekürzt wurden, oder immer mehr und mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse getrieben wurden?

Für die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte war und ist der ÖGB als Steigbügelhalter der SPÖ zumindest mitverantwortlich. Was – neben der BAWAG-Krise – auch zu einem Vertrauensverlust in der ArbeitnehmerInnenenschaft führte.

Das wichtigste Reformprojekt ist die Trennung von SPÖ und kapitalistischer Logik

Nun ist aber jene Krise hereingebrochen, die die Unfähigkeit der neoliberalen Konzepte deutlich vor Augen geführt hat. Eine ernstzunehmende Alternative ist notwendig. Der ÖGB hat hier eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen. Doch muss er sich für tatsächliche Konzepte endlich von der SPÖ lösen, die sich der kapitalistischen Logik vollständig verschrieben hat. Gerade in der LehrerInnendebatte ist deutlich geworden, dass die SPÖ den ÖGB zwar benützt, aber ihrerseits völlig unabhängig von der Stimmung in der ArbeitnehmerInnenenschaft agiert.

Hält der ÖGB an der Logik einer profitorientierten kapitalistischen Wirtschaft fest, dann kann er seinen Mitgliedern und FunktionärInnen, all den BetriebsrätInnen, die mit Kurzarbeit, Entlassungen und Druck in Richtung Lohnverzicht konfrontiert sind, keine Antworten geben. Nur wenn der ÖGB über den Teller-



Die Sozialpartnerschaft diente lange Zeit dazu, die Energie und Kraft der Arbeiterbewegung zu kanalisieren und führte dazu, dass Streiks und andere gewerkschaftliche Methoden völlig unterbewertet wurden. Das hat auf lange Sicht geschadet und muss schleunigst geändert werden.



rand des Kapitalismus hinausblickt und nicht „die Wirtschaft“ sondern „die ArbeitnehmerInnen“ ins Zentrum rückt, kann er ein Programm und Handlungsanleitungen geben, um die Angriffe zurückzuschlagen.

Dazu gehört auch ein endgültiger Bruch mit der von der herrschenden Wirtschaftsklasse immer wieder gelobten „Sozialpartnerschaft“. Diese hat endgültig ausgesiedet und repräsentiert lediglich eine leere Hülse. Um tatsächlich Verbes-

serungen für die ArbeiterInnen zu erlangen (oder auch nur um Verschlechterungen zu verhindern), ist eine kämpferische Gewerkschaftspolitik notwendig. Die Sozialpartnerschaft diente lange Zeit dazu, die Energie und Kraft der ArbeiterInnenbewegung zu kanalisieren und führte dazu, dass Streiks und andere gewerkschaftliche Methoden völlig unterbewertet wurden. Das hat auf lange Sicht geschadet und muss schleunigst geändert werden.

Zukunftsorientiert heißt gemeinsam kämpfen

Dass die FPÖ in der ArbeiterInnenenschaft punkten kann, liegt am Fehlen einer ArbeiterInnenpartei UND an einer Politik des ÖGB, der sich immer noch auf die traditionellen, männlichen, österreichischen Arbeiter konzentriert. Frauen, MigrantInnen und prekär Beschäftigte haben zwar formal einen Platz in der Gewerkschaft, spielen aber real kaum eine Rolle. Dieser essenzielle Aspekt hat zwar Einzug in die Planung des Bundeskongresses gefunden, aber auch hier stellt sich die Frage, ob es sich nicht wieder einmal nur um eine hohle Phrase handelt. Wenn der ÖGB zukunftsorientiert sein will, muss er gerade diese – eigentlich inzwischen typischen – Beschäftigten ins Zentrum seiner Politik stellen. Eine kämpferische Gewerkschaftspolitik muss Spaltungen der ArbeiterInnen z.B. durch rassistische Phrasen verhindern und diesen eine breite, gemeinsame und solidarische Bewegung entgegensetzen. Nur wenn MigrantInnen genauso viel verdienen wie „ÖsterreicherInnen“, können sie nicht zum Lohnrücken eingesetzt werden. Wenn Frauen nicht in unsichere Teilzeitarbeit gedrängt werden, stärkt das die Kampfkraft der gesamten ArbeitnehmerInnenenschaft. Von einer Besserstellung der prekär Beschäftigten profitieren alle ArbeitnehmerInnen. Nur durch gemeinsame Kämpfe kann die Spaltung der Beschäftigten überwunden und die leeren Versprechen der KapitalistInnen durch tatsächliche Erfolge im Sinne der ArbeiterInnen ersetzt werden.

Neues von den KV-Verhandlungen**Heißer Frühling durch Streiks bei den KV-Verhandlungen?**

Unternehmer drohen den Kollektivvertrag zu kündigen – Streikbeschluss für die Druckbranche liegt vor

**Verhandlungen in 7 Branchen**

Zur Zeit finden Verhandlungen für rund 175.000 Beschäftigte statt. Und zwar für die Speditionen (10.000), die Textilindustrie (15.000), Papierindustrie (knapp 10.000), Chemieindustrie (40.000), Elektro- und Elektronikindustrie (50.000), Druck und Papier (15.000) und den IT-Bereich (35.000). In fast allen Bereichen lagen die Angebote der Unternehmer lediglich zwischen 1 und 1,5 Prozent.

Chemiebeschäftigte kämpfen

Neben den DruckerInnen wehren sich vor allem die Chemiebeschäftigten erfolgreich. So kam es am 22. 4. in Linz zu einer Protestaktion mit über 1000 Beschäftigten. Die Aktion machte die Kampfbereitschaft in den großen chemischen Betrieben deutlich. Am 27. 4. gibt es ein weiteres Treffen mit der Arbeitgeberseite – sollte dieses wieder ergebnislos sein, stehen die Zeichen auf Streik.

von Pablo Hörtnner, SLP Wien

Der Verband Druck- und Medientechnik fordert von den Beschäftigten einen Beitrag in Zeiten der Krise – sprich Lohnverzicht. Die UnternehmerInnen argumentieren, dass die DruckerInnen in Österreich ohnehin privilegiert wären und die Personalkosten 15% bis 35% höher wären, als z.B. in Deutschland, wodurch es zu einem Wettbewerbsnachteil käme. Selbst einen Vergleich mit Billiglohnländern in Osteuropa oder Asien scheuen sie nicht. Sie jammern, dass Österreich auf Grund der starken internationalen Konkurrenz Schlusslicht im Druckmarkt der EU sei. Verbandspräsident Michael Hochenegg macht keinen Hehl aus den Plänen der UnternehmerInnen: „Unser Ziel ist es, die Lohnkostentangente um zehn Prozent zu reduzieren.“ Es geht also um Lohnneinbußen und längere Arbeitszeiten. Die UnternehmerInnen haben den Kollektivvertrag (KV) im Dezember schlichtweg aufgekündigt. Sollte die Gewerkschaft der Privatgestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) bis Mitte Mai keine „konstruktiven Vorschläge“ machen, also Verschlechterungen in Kauf nehmen, werde es von da an einfach keinen flächendeckenden KV mehr geben – was eine Schwächung der Kampfkraft der DruckerInnen zur Folge hätte. Dazu Harald Mahrer, ehemaliger Betriebsrat bei Melzer-Kopie, SLP-Mitglied und Druckergewerkschafter: „Ich finde es falsch, dass die GPA-DJP-Spitze mit einem Kompromissvorschlag in die April-Verhandlungen gegangen ist. Tatsächlich wäre es doch wichtig, viele Rechte der KollegInnen aus den Tageszeitungen für alle in der Branche zu erkämpfen. Das Scheitern der Verhandlungen bietet hier eine Chance. Mit Streiks sollen Verbesserungen und kein fauler Kompromiss erkämpft werden. Der ÖGB muss aktiv werden.“

Das Scheitern der Verhandlungen bietet hier eine Chance. Mit Streiks sollen Verbesserungen und kein fauler Kompromiss erkämpft werden. Der ÖGB muss aktiv werden.“

Eure Krise ist nicht unsere Krise

Dass der Kapitalismus auf Profitmacherei basiert, gibt keiner gerne zu. Vielmehr versuchen die Bosse, die Schuld für ihre schrumpfenden Gewinne den Beschäftigten zu geben. An Kündigungen wären in ihrer Logik die Proteste der Beschäftigten schuld. Auch Horst Pirker, Präsident des Verbandes Österreichischer Zeitungen (VÖZ) und Vor-

standsvorsitzender der Styria Medien AG („Kleine Zeitung“, „Presse“), schreckt vor Verbalattacken gegen Gewerkschaft und Beschäftigten nicht zurück: „In einer Zeit, in der in den USA jede Woche eine Zeitung zugesperrt wird, für den fortgesetzten Erhalt der Managergehälter der Druckereiarbeiter zu streiken“ sei ein „Offenbarungseid des Verantwortungsgefühls der Gewerkschaft“, heißt es. Am 8. April kam es schließlich zu bundesweiten Betriebsversammlungen, wodurch sich die Auslieferung der Abendausgaben um drei Stunden verzögerte.

Streik jetzt!

Obwohl von einem Streik nach Ostern die Rede war, blieb es den restlichen April über relativ ruhig. Doch: Die Unternehmenseite will von ihrer Position nicht abrücken – was letzten Endes Streik bedeutet. Franz C. Bauer, Präsident der Journalistengewerkschaft, drückt sein „Dilemma“ folgendermaßen aus: „Niemand streikt mutwillig und gerne, vor allem nicht in Zeiten wie diesen.“ Dabei sind die DruckerInnen in einer starken Position und haben es gar nicht nötig, sich bei ihren vermeint-

lichen „PartnerInnen“ einzuschmeicheln. „Die Verhandlungskurie der Arbeitgeber verweigert eine mäßige Lohn- und Gehaltserhöhung für ihre Beschäftigten 2009 und fordert zugleich bei den Druckern über 27 Prozent Einkommens Kürzung“, heißt es aus der GPA-djp. Es ist also auch der GPA-djp längst klar, dass die Sozialpartnerschaft von den Unternehmern für beendet erklärt wird, sobald sie ihren kapitalistischen Interessen nicht mehr dienlich scheint?! Am 20. April hat die Gewerkschaftsführung dem Druck von unten endlich nachgegeben und den langersehnten Streikbeschluss für die rund 13.000 ArbeitnehmerInnen gefällt. Wann es denn soweit sein soll, ist nicht bekannt – von Mai oder Juni ist die Rede. Zwar hatte Franz Bittner ursprünglich davon geredet, dass es zu einer möglichst demokratischen Abstimmung kommen sollte, Urabstimmung gab es jedoch keine. Eine solche wäre aber sinnvoll, um die Beschäftigten besser in die Vorbereitungen eines Streiks zu integrieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, in Betriebskomitees selber zu entscheiden, wann und wie gestreikt wird. Und eine solche ist auch über das Verhandlungsergebnis nötig!

Welcher Weg führt aus der KRISE?



von Franz Neuhold, SLP Wien

Der Gewinn-Einbruch in den USA entwickelte sich damals dramatisch: 1932 waren nur noch 7% des Standes von 1928 vorhanden. Zwischen 1930 und 1933 gingen an die 5.000 Banken pleite, 15% aller Einlagen wurden vernichtet. Mit der Krise verfielen die Preise, auch für Rohstoffe. Da die hohen Kreditzinsen nun nicht mehr gezahlt werden konnten, ging ein Betrieb nach dem anderen in Konkurs. Die Massenarbeitslosigkeit (rund 14 Millionen 1933) ging einher mit absurden Versuchen, die Marktpreise zu stabilisieren: Man verbrannte Mio. Tonnen an Lebensmitteln und Rohstoffen.

digung der Menschen ist hingegen nicht entscheidend. Das führt zu den beschriebenen absurden und unmenschlichen Situationen. Konnte der New Deal all das regulieren?

Faschismus & New Deal

Der sozialistische Revolutionär Leo Trotzki beschrieb den New Deal als Versuch, den Kapitalismus zu retten. Den bürgerlichen und herrschenden Klassen der verschiedenen imperialistischen Staaten blieben in den 1930er Jahren von Krise und Massenunruhen letztlich zwei Methoden: Faschismus und New Deal. So unterschiedlich die kurzfristigen praktischen

Am unbeständigsten ist das Programm des New Deal darin, dass es einerseits an die kapitalistischen Magnaten Predigten auf die Vorteile der Teuerung hält, und dass andererseits die Regierung Prämien verteilt, um die Produktion zu senken. Kann man sich eine größere Konfusion vorstellen?*



der sich erhebenden ArbeiterInnen-Bewegung auch diesen Teil des Bürgertums und ihre Konzerne für das ambitionierte Programm zur Kassa zu bitten. Ohne die Macht dieser Mega-Konzerne zu brechen, vermittelte der New Deal kurz die Illusion, er würde ein Art demokratischer

Jahren. Und es wird durch Zusatzpakete noch größer werden. Dies wird zu einem unfassbar hohen Staatsdefizit (2009: mehr als 13% des Bruttoinlandsprodukts Neuverschuldung) und der Gefahr enormer Inflation zu einem späteren Zeitpunkt führen. Doch eine Mehrzahl in der



Obamas New Deal?

Die gegenwärtige Lage wird oft mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er verglichen. Startpunkt dieser war der "Schwarze Freitag" an den Börsen im Oktober 1929. Ab 1934 setzte in den USA mit dem "New Deal" (= Neuer Gesellschaftsvertrag) eine wirtschaftspolitische Wende ein. Was brachte diese und wo steht Präsident Obama heute mit seinen "Stimulations-Paketen"?

Welche Massnahmen umfasste der New Deal?

US-Präsident F.D. Roosevelt begann 1934 mit einer Ankurbelung der Geldentwertung (= Inflation). Dies führte vorerst zu einer Reduktion der Schulden. Gegen den Verfall der Agrarpreise gab es staatliche Regulierung und Prämien für brachgelegte Anbauflächen. Beim Kreditssystem wurde versucht, durch staatliche Garantien eine Kernschmelze zu stoppen.

Der Druck von Massenbewegungen und Streiks sowie die Angst davor zwang die Strategen des New Deal, die Maßnahmenpalette zu erweitern: Gesetzliche Mindestlöhne, Senkung der Wochenarbeitszeit, Gewerkschaftsrechte, Sozialversicherung, Erbschaftssteuer und durch die öffentliche Hand finanzierte Arbeitsprogramme.

Auswirkungen (hier Zerschlagung der ArbeiterInnen-Organisationen und aggressivster Antisemitismus, dort breit angelegte Investitionen und sogar soziale Reformen), lief es in beiden Fällen auf Aufrüstungspolitik und Weltkrieg hinaus.

Warum konnte die herrschende Klasse auf den New Deal setzen?

Warum der Kapitalismus in den USA nicht auf Faschismus oder Diktatur setzte – trotz des Vorhandenseins von faschistischen Organisationen und einem gesellschaftlich verankerten Rassismus und Antisemitismus – lag offenbar im Vorhandensein der bisher angehäuften gewaltigen Reichtümer. Diese waren die Voraussetzung für den kostspieligen New Deal. Die USA trugen

Die Politik des New Deal mit ihren Scheinresultaten und dem wirklichen Anwachsen der nationalen Schuld muss unweigerlich zu einer blutdürstigen kapitalistischen Reaktion und einer verheerenden Explosion des Imperialismus führen. Mit anderen Worten, sie führt zu dem gleichen Ergebnis wie die Politik des Faschismus.*



Kontrolle über die Stahlbarone und Bankenhäuser ausüben. Mehr als ein Schattenspiel wurde es jedoch nicht.

Obama 2009: New Deal reloaded?

Mit dem Übergang des Präsidentenamtes von Georg W. Bush auf Barack Obama erhielt dieser auch einen enormen Schuldenberg. Schon unter Präsident Ronald Reagan waren die USA die größte Schuldnation der Welt geworden. Dieser Ballast wurde in den letzten Jahren durch die Kriegspolitik und Steuergeschenke an Reiche enorm vergrößert. Die Frage des Umgangs mit der Wirtschaftskrise war schon im Präsidentschafts-Wahlkampf von Bedeutung.

Steuererleichterungen für Unternehmen

Obamas erstes "Stimulations-Paket" vom Beginn dieses Jahres umfasst zu rund 40 % Steuererleichterungen für Unternehmen und "Mittelklasse"-Familien. Dies ist aber keine "klassisch" keynesianische Maßnahme. Der seit seinen Aussagen zur bevorstehenden Explosion der österreichischen Staatsschulden weitreichend bekannte Ökonom und "Keynesianer" Paul Krugman gilt seit langem als Unterstützer Obamas. Doch angesichts der Zusammensetzung des Stimulations-Pakets äusserte er sich sehr kritisch. Er nannte es einen "mitunter enttäuschenden Wirtschafts-Plan" (New York Times, 8.1.2009). Diese Steuererleichterungen schaffen – im Gegensatz zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des New Deal – unmittelbar noch keine neuen Jobs. Trotzdem ist es – und das zeigt im Grunde bereits das Problem – das größte Investitionsprogramm in den USA seit den 1930er

herrschenden Klasse der USA unterstützt diese Pakete, um einen totalen Zusammenbruch des Systems wie wir es kennen zu verhindern (bzw. letztlich nur, um ihn hinauszuschieben.) Es wird in der Zukunft versucht werden, den Schuldenberg auf Kosten der ArbeiterInnenenschaft abzubauen. Bereits Ende April forderte Obama sofort 100 Millionen Einsparungen von seinen Ministern, obwohl das angesichts des enormen Haushaltsdefizits erst ein "Tropfen auf dem heißen Stein" sei.

Arbeitslosigkeit real bei 16 Prozent

Obama kündigte auch an, drei Millionen Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Doch auch das wäre nur ein weiterer Tropfen auf den heißen Stein, denn: "Die offizielle Arbeitslosenquote von 8,1 Prozent, die höchste in 25 Jahren, zeigt nur mehr die Oberfläche. Die Arbeitslosenquote wird in den USA ganz anders als in Europa bestimmt, auf der Basis einer Umfrage des Arbeitsministeriums, die jeden Monat eine Woche lang läuft. Die Methode ist gerade in der Krise so unzuverlässig, dass einige Experten nach einer Faustregel die offizielle Rate verdoppeln, um eine realistischere Größe zu erhalten. Demnach suchten schon 16 Prozent einen Job." (www.diezeit.de). Gegenüber den 1930ern ist Obamas "Deal" letztlich nicht nur zaghaft, sondern auch ohne jegliche Zugeständnisse an die ArbeiterInnenenschaft während Milliarden in den Finanzmarkt fließen. Eine wesentliche Parallele zum New Deal ist allerdings trotzdem vorhanden: Die Krise wird nicht an ihren (kapitalistischen) Wurzeln gepackt und deshalb ebenfalls "nicht von selbst" überwunden werden.

*Zitate aus: Leo Trotzki; *Marxismus in unserer Zeit* (April 1939)

Warum kann der New Deal nicht verwirklicht werden? Der einzige Grund dafür ist der hemmende Antagonismus, der sich zwischen dem kapitalistischen Eigentum und dem Bedürfnis der Gesellschaft nach einer steigenden Produktion entwickelt.*



Das System schleppt sich in den Weltkrieg

Ein wesentliches Ergebnis all dieser Maßnahmen war das Anwachsen der Staatsverschuldung. Die Arbeitslosigkeit sank jedoch nicht im erhofften Ausmaß. Ebenso lief der Wirtschaftsmotor nicht wie zuvor in den 1920ern. Ab 1938 wurde eine zusätzliche künstliche Nachfrage über ein enormes Rüstungsprogramm geschaffen. Der Zweite Weltkrieg und mit leichter Verzögerung der Eintritt der USA in diesen standen bevor.

Der Kapitalismus war schon in dieser Zeit widersprüchlich, da er längst aus seinen engen Kinderschuhen herausgewachsen war. Es herrscht eine private Aneignung bei de facto gesellschaftlicher Produktion. Dadurch hat die Mehrheit der Bevölkerung nicht das zur Verfügung, was sie praktisch erwirtschaftet. Dies führt langfristig zu einem Verfall der Profite. Der Profit (genauer: die Profitrate) ist jedoch die Triebfeder des Kapitals. Die Bedürfnisbefrie-

kein feudales Erbe und keine Kriegsfolgen als Last. Und man verfügte über einen Kontinent mit riesigen Ressourcen und das dynamischste Unternehmertum. Doch auch unter diesen Voraussetzungen (im Gegensatz zur "Alten Welt") entwickelte sich kein harmonischer Kapitalismus mit Wohlstand für alle. Dabei hatte es zu Beginn der 1920er teilweise noch anders ausgesehen: Der Konsum nahm in breiten Schichten der Bevölkerung zu. Sogar Autos wurden in millionenfacher Stückzahl hergestellt, und diese konnten anfänglich ver- und gekauft werden. Ein großer Teil basierte jedoch auf Krediten. Dem folgte ein Investitions- sowie Börsenboom. Doch schon bald kam es zur Kollision mit den angestauten Überkapazitäten in der Sachgüterproduktion. Ebenso fand eine Konzentration von Kapital und extremem Reichtum in der Hand einer winzigen Schicht statt; bei gleichzeitiger bitterer Armut der Massen. Der New Deal und Roosevelt versuchten vor dem Hintergrund von Weltwirtschaftskrise und



Als 1973 – mit einer gehörigen Verspätung zum übrigen Westeuropa – auch Österreich von einer ökonomischen Krise, dem Erdölschock, erfasst wurde, versuchte die damals schon antierende sozialdemokratische Regierung Kreisky die Theorien Keynes' in gesellschaftlich-politische Realität

Neoliberale Wende

Die Wende hin zu Privatisierung, Sparpaketen und einer Steuerpolitik, welche Vermögen entlastete, bedeutete auch ideologisch eine Abkehr von den Konzepten der Kreisky-Ära. Die Idee

trat. So heißt es auf S. 5 z.B.: „Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise muss auf europäischer Ebene (...) der Pakt für Stabilität und Wachstum temporär ausgesetzt werden.“ Allerdings wecken vor allem die Ansagen zur Vermögenssteuer und Re-Verstaatlichung Hoffnungen auf

Welchen Weg aus der Krise

Tatsächlich zeigt sich der substanzielle Charakter der aktuellen „Finanzkrise“ am deutlichsten an der langfristig steigenden Arbeitslosigkeit und Verschuldung. Bereits seit Mitte der 1970er



Der „österreichische Weg“

„Austrokeynesianismus“ von Bruno Kreisky zu Franz Voves

umzusetzen. In diesem Sinne tätigte Bruno Kreisky seinen vielzitierten Ausspruch: „Ein paar Milliarden mehr Schulden sind weniger schlimm als ein paar hunderttausend Arbeitslose.“ Um diese programmatische Vorgabe zu erreichen, wurden steuerpolitische und stabilitätspolitische Maßnahmen gesetzt. Mit Erfolg: Die Arbeitslosenzahlen in der Ära Kreisky waren die niedrigsten in der Geschichte der Zweiten Republik. Der von Bruno Kreisky praktizierte Austrokeynesianismus erreichte jedoch schnell seinen Grenznutzen: Das strukturelle Budgetdefizit wuchs rapide an, wodurch sich die Spielräume antizyklischer Budgetpolitik immer mehr einengten.“

(Lexikon der SPÖ Steiermark, <http://www.stmk.spo.e.at>)

von John Evers, SLP Wien

Der Artikel der SPÖ Steiermark fasst präzise die Problemlage des „österreichischen Weges“ zusammen: Die Versuche „antizyklisch“ – also mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern – scheiterten letztlich an der ökonomischen Realität des Kapitalismus. Nachdem sich zwischen 1970 und 1980 die Verschuldung (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) mehr als verdoppelt hatte, vollzogen die Arbeitslosenzahlen 1980 bis 1982 eine ähnliche Entwicklung: Binnen zwei Jahren waren statt 53.000 mehr als 105.000 Personen arbeitslos. Bereits ab 1978 war es auf einem weiteren Feld zu einem Wendepunkt gekommen: Ab diesem Zeitpunkt begann die Lohnquote – also der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – langfristig zu sinken. Am Ende des österreichischen Weges standen demnach: Gestiegene Schulden, höhere Arbeitslosenzahlen und eine beginnende Umverteilung von „Unten“ nach „Oben“.

durch „bessere Investitionsbedingungen“ und Marktöffnungen („Europäisierung“, „Globalisierung“) für Unternehmen die ökonomische Lage zu stabilisieren, scheiterte allerdings ebenso vollständig wie vorher der „Austrokeynesianismus“; und das nicht erst seit der Krise 2007/08. Bis 1990 stieg die Verschuldung von 26,3% (1980) auf 47,8% des BIP, in den 1990ern schließlich sogar auf über 60% (derzeit werden 78,5 % prognostiziert). Eine ähnliche Entwicklung galt für die Zahl der Arbeitslosen: Seit 1993 ging diese im Jahresschnitt kaum mehr unter 200.000 Personen zurück. Die dynamisch sinkende Lohnquote erreichte schließlich auch die Reallöhne: Sowohl Mitte der 1990er Jahre als auch 2000/2001 hatten die ArbeitnehmerInnen gemessen an der Kaufkraft tatsächlich weniger in der Geldtasche als in den Jahren zuvor.

Neue Europäische Wirtschaftspolitik (NEW): Mit Voves zurück zu Kreisky?

„Vieles was er im Papier „Neue Europäische Wirtschaftspolitik“ als NEW verkauft, schoss Voves im letzten Jahr bei KP-Anträgen im Landtag ab, etwa die Rücknahme der Teilprivatisierung der Post, oder die Forderung nach Verbleib von Abfallwirtschaft und Straßenbau in der öffentlichen Hand. Auch zu amtlichen Preisregelungen und zur Sicherstellung, dass landeseigene Gesellschaften nicht am Landtag vorbei verkauft werden könnten, antwortete die Steirer-SP der KP mit „Njet“. Auf den bereits beschlossenen baldigen Rückkauf der veräußerten Estag-Anteile weist derzeit ebenfalls nichts hin. (Der Standard, 15.4.2009)“

Inhaltlich ist im Programm „NEW“ der steiermärkischen SPÖ wenig NEW; sondern das Meiste als Abschwächung bisheriger neoliberaler Dogmen formuliert, welche auch die SPÖ ver-

einen echten Kurswechsel der SPÖ: „Für jene Dienstleistungen, die bereits vollständig oder teilweise liberalisiert wurden (Telekommunikation, Strom, Gas, Eisenbahnen) ... halten wir eine Rückführung in öffentliches Eigentum für gerechtfertigt.“ (NEW, S.11). Dass Ansagen wie diese heute Allgemeingut der politischen Debatte sind, zeigt allerdings vor allem eines: Den Bankrott der neoliberalen Ideologie, die von der Sozialdemokratie a la Blair, Schröder, Klima und Gusenbauer auch inhaltlich vollständig übernommen worden war. Doch heute (Re-) Verstaatlichung zu erwägen, ist alleine noch lange nicht links: „Rein von der Gesetzeslage ist es theoretisch möglich, jede Bank zu verstaatlichen, wenn damit eine Gefahr für die Volkswirtschaft abgewendet werden kann.“ (Josef Pröll, 5.4.2009, <http://www.oe24.at>). Über den Charakter und die Begrenztheit solcher Maßnahmen lässt demgegenüber etwa Ex-Kanzler Vranitzky, wie viele andere prominente SPÖ-Vertreter, keine Zweifel aufkommen: „Und wenn solche Unternehmen wie etwa Banken in Zeiten der Wirtschaftskrise unter staatliche Kontrolle gestellt werden, dann kann das auch keine Dauerlösung, sondern nur vorübergehend sein.“ Gleichzeitig stellt sich die Frage: Was setzt die SPÖ von den positiven Elementen der laufenden Debatte um. Hier sprechen die Erfahrungswerte eine deutliche Sprache: Neben den in Punkto Vermögensteuern gebrochenen Wahlversprechen der Bundes-SPÖ, ist es vor allem die oben zitierte Praxis der SPÖ-Steiermark selbst, die zeigt, dass keine substantielle Abwendung von der Politik der letzten Jahre erfolgen wird. In der Krise bedeutet das praktisch, dass die ArbeitnehmerInnen über höhere Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne und Sparpakete für Sanierungsmaßnahmen bezahlen sollen.

Jahre fand hier weltweit eine Trendwende statt. Diese Wende wurde durch den „Ölschock“ lediglich markiert und in unserer Erinnerung/Geschichtsschreibung als Werk der „Araber die den Ölhahn zudrehen“ mystifiziert. Doch die Ursache für den dauerhaften Anstieg von Arbeitslosigkeit und Verschuldung war eine andere: Der längste Aufschwung in der Geschichte des Kapitalismus ging damals zu Ende, ein neues „depressives“ Zeitalter brach an. Wirtschaftswachstum beruht(e) seitdem vor allem auf der Aufblähung des Finanzsektors und dem Anstieg öffentlicher sowie privater Verschuldung. Tatsächlich handelt es sich also um eine Krise der kapitalistischen „Realwirtschaft“, die jetzt die „Finanzwirtschaft“ auf den Boden der Realität geholt hat. Wenn heute „Keynesianer“ sagen „der Markt regelt es nicht alleine“ und „Neoliberale“ zurück schreien „Schulden machen in der Krise funktioniert nicht, weil die Probleme dadurch nicht abgebaut werden“ haben beide irgendwie recht. Der Markt versagt, doch die Spielräume im System die Krise ohne verheerende Folgen – Not und/oder gar Krieg – strukturell zu überwinden sind heute enger als je zuvor. Das Problem ist, dass kein theoretisches Modell im praktischen Kapitalismus des Jahres 2009 funktioniert, weil dessen grundlegende Widersprüche viel zu gravierend sind. Stark verkürzt lautet das „Problem“: Es kann – gemessen an der Möglichkeit der Unternehmer Profit zu realisieren – zuviel produziert werden. Krisen sind im Kapitalismus nämlich Überproduktions- bzw. Überkapazitätskrisen. Stark verkürzt lautet daher die Lösung: Es gilt die Profitlogik auszuschalten damit entsprechend dem tatsächlichen Bedarf der Menschheit – der angesichts von bestehender Armut selbst in den reichen Gesellschaften ja gegeben ist – produziert werden kann.

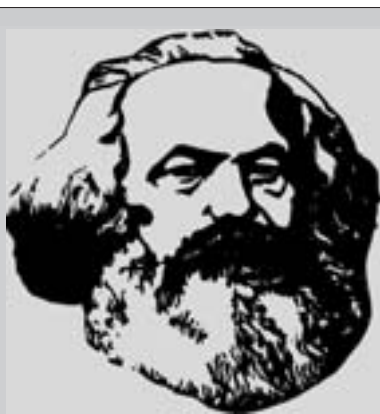


John Maynard Keynes

Der britische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes (1883–1946) begann seine Karriere im Indienministerium, das die koloniale Ausbeutung regelte. Seine Konzepte, die sich gegen die vorherrschende neoklassische Wirtschaftspolitik richteten, mussten sich innerhalb der bürgerlichen Klassen erst den Weg bahnen. Mit dem Börsencrash des „Schwarzen Freitag“ und der darauffolgenden Weltwirtschaftskrise brachen diese Widerstände für eine bedeutende Periode weg. Die bürgerliche Wirtschaftspolitik musste mit ungewohnten Mitteln reagieren, um das völlige Chaos zumindest hinauszuschieben. Die Durchsetzung der Ideen Keynes im US-amerikanischen New Deal beruhte nicht zuletzt auf der Hoffnung der KapitalistInnen, dadurch die Bedeutung marxistischer Einflüsse in der ArbeiterInnen-Bewegung zurückzudrängen. Massenarbeitslosigkeit und Weltkrieg konnte der Keynesianismus nicht abwenden.

Gegen Börsencrash und Fabriksschließungen riet Keynes, „die Preise in der Weltwirtschaft zu erhöhen“. Diese „weltweite Vergrößerung der kreditfinanzierten Ausgaben“ sei eine (national-)staatliche Aufgabe. Zwischenzeitlich befanden sich die imperialistischen Nationalstaaten jedoch bereits im Zweiten Weltkrieg, um Überkapazitäten zu vernichten und die Welt neu aufzuteilen.

Keynes pflegte in den 30er Jahren enge Kontakte zu Hitler-Unterstützern wie dem Deutschen Reichsbankpräsidenten Schacht. Er beschrieb in einem seiner Bücher für den deutschen Markt die Lage unter der Hitler-Diktatur durchaus mit Wohlwollen und lediglich als „ausgeprägtere staatliche Führung“. Keynes kämpfte nicht für Lohnerhöhungen, um die Not von Menschen zu lindern. Überhaupt hegte er eine tiefe Abneigung gegen die ArbeiterInnen. Seine Aufmerksamkeit galt vielmehr der gezielten Nachfrage-Steigerung, um die Preise für Konsumgüter (wieder) zu erhöhen. Dies mögen sich alle heutigen „linken“ Neo-KeynesianerInnen vor Augen halten, die fahrlässig Keynes Ideen als Rettungsanker für arbeitende und arbeitslose Menschen darzustellen versuchen.



Die Alternative: Planwirtschaft

In einem spannenden Artikel umreißt der deutsche Sozialist Georg Kummel die Vorzüge der planwirtschaftlichen Alternative zum Kapitalismus vor dem Hintergrund der Krise. Kummel beginnt mit einer Wahrnehmung, die inzwischen viele Menschen teilen: „Das gegenwärtige Wirtschaftssystem dient nicht den Menschen, dient nicht der Gesellschaft, kann die Wirtschaft nicht sinnvoll organisieren und regulieren, es zerstört statt aufzubauen. Die Produktivkräfte werden zu Destruktivkräften.“ Angesichts der Krise sind hier wesentliche Verschärfungen zu erwarten: „Wie eine Meute ausgehungelter Wölfe werden die Kapitalisten der einzelnen Länder außerdem um die verbliebenen Absatzmärkte kämpfen; neue Krisenherde und neue Kriege werden entstehen.“ Historisch gesehen, gehen SozialistInnen seit 150 Jahren davon aus, dass der Kapitalismus durch den Sozialismus – also ein System auf der Basis von Gemeineigentum an Produktionsmitteln – abgelöst werden muss. Kummel beschreibt in der Folge wie intensiv bereits im Kapitalismus – v.a. in Großkonzernen, die global agieren – Planungsinstrumentarien entwickelt werden, allerdings mit einer entscheidenden Einschränkung: „Jeder Betrieb, jeder Konzern plant nur für sich.“ Genau hier setzt die Idee einer sozialistischen Planwirtschaft an: „Nehmen wir an, die Industriekonzerne, die Banken und Versicherungen

wären in Gemeineigentum überführt und nun würde ein gesamtgesellschaftlicher Plan erarbeitet. Zunächst wäre das Motiv für die Produktion ein ganz anderes. Die Frage würde nun nicht mehr lauten „Was bringt Profit?“, sondern „Was ist sinnvoll? Was brauchen wir? Welche Prioritäten sollen wir setzen?“ Und: „Ziel der Produktion wäre es, die Umwelt zu schonen und Arbeitszeit zu sparen.“ Ausführlich setzt sich Kummel schließlich auch mit den „Vorurteilen“ gegenüber der Planwirtschaft auseinander, welche nicht zuletzt aus den negativen Erfahrungen mit den stalinistischen Diktaturen resultieren. Eine Planwirtschaft ist dann effizient, wenn sie demokratisch und „zentral soviel wie nötig, dezentral so viel wie möglich“ wäre. Ein Durchschnittslohn für Menschen in Leitungsfunktionen, die Abschaffung von Privilegien und die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit sind notwendige Maßnahmen, um Bürokratisierung und Überzentralisierung zu verhindern. Gleichzeitig wäre es aber unbedingt notwendig, die Planung auch auf die internationale Ebene auszudehnen: Bereits viele derzeit bestehende Probleme erfordern „ein planmäßiges, koordiniertes Vorgehen der Länder dieser Erde.“ Wie flexibel und innovativ die Planwirtschaft ist, kann im Rahmen dieser Darstellung nicht mehr beschrieben werden. Weiterlesen auf: <http://www.sozialistische-alternative.de/?sid=3089>

Keine faulen Kompromisse!

60.000 SchülerInnen am 24. April in ganz Österreich auf der Straße

von Sebastian Kugler, Schulsprecher BRG Wien 13,
Michael Gehmacher und Sonja Grusch

Der April stand ganz im Zeichen der Debatte rund um zwei Stunden Mehrarbeit für LehrerInnen. Die LehrerInnengewerkschaft GÖD kündigte Proteste an - einigte sich mit Unterrichtsministerin Schmied dann aber auf einen faulen Kompromiss. Doch die SchülerInnen ließen es sich nicht gefallen, dass über ihre Köpfe hinweg das Bildungssystem angegriffen wird und leisteten solidarisch mit den LehrerInnen Widerstand. Eine Serie von SchülerInnenstreiks begann, die zu Redaktionsschluss noch nicht zu Ende scheint. Bereits am 2.4. kam es zu ersten Schulstreiks in Wien (2-3000) und Linz (1500). Ein Bündnis, dem auch die SLP angehört, rief in Folge zu einem bundesweiten Schulstreik für den 20.4. auf. In jedem Bundesland trafen sich SchülerInnen, bildeten Komitees und bereiteten den Streik vor, zu dem schließlich österreichweit rund 10 000 SchülerInnen kamen.

Salzburg: 3.000 x "Geld für Bildung statt für Banken!"

In Salzburg gingen am Montag den 20.4. - dem Tag des bundesweiten SchülerInnenstreiks - über 3.000 SchülerInnen auf die Straße. Ein großer Teil der Organisation und Vorbereitung des Streiks lag bei der SLP. Radio Salzburg brachte am Morgen des Streiks zwar noch einen dezidierten Aufruf des Landesschulratspräsidenten sich nicht am Streik zu beteiligen. Aber wie es ein Schüler auf der Demonstration ausdrückte: "Wenn man sich hier so umschaute - das dürfte ungefähr 3.000 Leuten völlig egal sein."

Die Demonstration war laut und kämpferisch. Viele SchülerInnen nahmen zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teil und "fanden Gefallen am Widerstand" - wie es der ORF ausdrückte.

Daniel Posch, Schüler der HAK II und Redner der SLP betonte in seiner Rede, dass es "ein Wahnsinn" sei, dass "den Banken Milliarden in den Rachen geworfen werden, während gleichzeitig an der Bildung gespart wird". Er erinnerte an die Vielzahl an Protesten in anderen europäischen Ländern und rief zu internationaler Solidarität auf. Tausende SchülerInnen skandierten gemeinsam "Hoch die internationale Solidarität!" Salzburgs SchülerInnen haben in beeindruckender Stärke klar gemacht, dass sie nicht bereit sind für die Krise des Kapitalismus und die Unfähigkeit der Regierung zu zahlen.

Wien: "Wir wissen warum wir hier sind"

Der Wiener Demonstrationzug am 20.4. startete am Stephansplatz und endete vor dem Bildungsministerium, wo eine lautstarke Abschlusskundgebung stattfand. Den Medien, die die vorherigen Streiks immer als "Instrumentalisierung der SchülerInnen durch LehrerInnen" dargestellt hatten, fiel es schwer, dies wieder zu tun. Denn alle RednerInnen betonten dieses mal überdeutlich, worum es wirklich geht: Darum, dass SchülerInnen sehr wohl eine Meinung haben und auch bereit sind, für diese auf die Straße zu gehen. Auf die Frage, wer denn hier sei, weil es von den LehrerInnen befohlen wurde, meldete sich niemand.

Zugegeben, es ist schon sehr verlockend, auf Seiten wie MySpace, Facebook, StudiVZ udgl. zuzugreifen - denn man kann sich wunderbar damit unterhalten, herausfinden, was irgendwelche Leute gerade unternehmen, ganz ohne diese zu fragen. social networking Plattformen bieten die Möglichkeit, sich auch ohne Programmier-Kenntnisse eine kleine Profil-Seite zu erstellen und damit sich und sein Privatleben für jedermann offen zu legen. Das kann sehr unterhaltsam sein und daher boomen diese Netzwerke allesamt.

Datenverwertung für Profite

Probleme jedoch können sich ergeben, wenn social networking Plattformen nicht mehr nur von Privatleuten genutzt werden, um sich zu verewigen, sondern die so erhobenen Daten für diverse Unternehmungen zweckentfremdet werden. Facebook kündigte im Oktober 2007 an, die Profile seiner Benutzer verschiedenen Unternehmen zur Verfügung zu stellen, damit diese individuelle und personalisierte Werbung anzeigen können. Auf diese Art gelangten Angaben über persönliche Beziehungen, politische Überzeugung, Wohnort, Hobbies und vieles



Auf die Gegenfrage brach stürmender Jubel aus.

Vor dem Bildungsministerium wurde noch einmal klargestellt, dass sich diese Streiks nicht nur gegen die Bildungsministerin richten, sondern Ausdruck des Widerstands gegen ein System sind, in dem reiche Banker sich innerhalb von Minuten um 100 Millionen Euro freikaufen können, während die Bildung in die Röhre schaut.

OÖ: Gemeinsam protestieren

Der Schulstreik in Oberösterreich war von einigen Schwierigkeiten überschattet. Im Vorfeld gab es eine Reihe von Repressionsdrohungen an Schulen. Organisatorische Mängel und kein gemeinsames Auftreten der verschiedenen aufrufenden Gruppen erschwerten den Streik zwar. Trotz dieser Hindernisse war der Streik größer als am 2.4. Rund 400 SchülerInnen zogen lautstark und kämpferisch über die Linzer Landstraße und wurden dabei von SchülerInnen aus Wels, Ebensee und Stadt Haag verstärkt. Beeindruckend das gemeinsame Demonstrieren von österreichischen SchülerInnen und solchen mit Migrationshintergrund. In Gesprächen nach der Demo zeigte sich dass bei besserer und gemeinsamer Mobilisierung eine viel größere Demo möglich gewesen wäre. Umso wichtiger ist auch in Oberösterreich eine eingeständige linke Organisation der SchülerInnen.

60.000 x "Streik, Streik, Streik" heißt die Devise...

Am Abend des bundesweiten SchülerInnenstreiks stimmte die Führung der LehrerInnengewerkschaft einem faulen Kompromiss zu. Er beinhaltet neben Einkommenskürzungen bei den LehrerInnen Mehrarbeit für LehrerInnen und SchülerInnen. Während die enttäuschten LehrerInnen zwar maulten, aber kein Protest laut wurde, organisierten sich die SchülerInnen rasch. Neben vielen linken Gruppen rief nun sogar die von der ÖVP-nahen Schülerunion dominierte Bundesschülervertretung zum Streik für den

24.4. auf. Die Schülerunion aber schloss - wie schon die GÖD-Führung - einen faulen Kompromiss mit Schmied und wollte am 24. nur mehr ihren "Erfolg" abfeiern lassen. Das war den SchülerInnen aber herzlich egal: 60.000 gingen Bundesweit auf die Strasse.

Sie feierten nicht, sondern streikten und protestierten. Sie machten lautstark klar, dass sie gegen Mehrarbeit sind und für ihre Meinung eintreten. Obwohl viele zu Recht wütend auf die GÖD-Führung und ihren Verat sind, war doch vielen klar, dass die LehrerInnen ebenso unzufrieden mit dem Ergebnis sind.

Alle in den Streik!

Schmied gibt sich hart, sie will weiterhin Mehrarbeit in der Schule durchdrücken. Aber es sind nicht nur 60.000 SchülerInnen wütend, sondern alle. Plus 120.000 LehrerInnen. Und ihre Familien. Und... Das ist ein riesiges Potential für Widerstand. Zu Redaktionsschluss ist nicht klar, ob es weitere Schulstreiks geben wird. Um den Kampf zu gewinnen ist es notwendig, gemeinsame Proteste von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern - d.h. auch an der GÖD-Führung vorbei - zu organisieren. LehrerInnen fordern bereits eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis. Gemeinsame demokratische Komitees können solche Proteste planen und organisieren.

Aber letztlich geht es um mehr. Nämlich um eine gerechte Schule ohne soziale Selektion, um eine demokratische Schule und daher auch um mehr - um viel mehr - Geld für die Bildung. Der Kampf dafür wird mit Sicherheit weitergehen.

www.schulstreik.at

Die SLP hat gemeinsam mit SchülerInnen die Homepage www.schulstreik.at ins Leben gerufen. Es erschienen bisher drei Ausgaben der gleichnamigen überregionalen SchülerInnenzeitung.

dienst CIA tritt in einer Facebook-Gruppe auf und wirbt dort um neues Personal, finanziert von einer Firma, in deren Vorstand Gilman Louie sitzt, der auch in einer CIA-finanzierten Firma aktiv ist. Um die Stellenangebote der CIA zu lesen, ist es Voraussetzung, eingeloggt zu sein. Die Nutzungsbedingungen gestatten der CIA auch Zugriff auf die Daten der BenutzerInnen. Zwei amerikanischen Studenten gelang es, binnen kürzester Zeit 70.000 Facebook-Profilen herunter zu laden; 2006 konnten über eine Million StudiVZ-Profilen heruntergeladen werden - anschließend war es möglich, eine Profilanalyse durchzuführen, um die Daten statistisch auszuwerten. Auch alle privaten Bilder der User kursieren frei durch das Internet herum und können bei Kenntnis der URL betrachtet werden. 2006 wurden alle MySpace-Profilen mit jenen amerikanischer Sexualstraftäter abgeglichen, um "die Benutzer zu schützen". MySpace wird auch vorgeworfen, aus weltanschaulichen Gründen User oder Gruppen zu löschen. Die zehntausende Mitglieder zählende "Atheist and Agnostic Group" verschwand ohne Vorankündigung von der MySpace-Bildfläche ...

von Martin Wimmer, SLP Wien

Liest die CIA mit?

Social Networks im Kapitalismus

mehr in die Hände dieser Unternehmen - die nun die Daten ihre KundInnen genauso wie jene ihrer MitarbeiterInnen noch besser nutzen können. Facebook änderte im Februar 2009 seine Nutzungsbedingungen insoweit, dass es nun unter formeller einmaliger Zustimmung der User möglich war, dass sich die Betreiber des Netzwerkes die angegebenen Daten sowie allerhand upgeloadetes Material wie Bilder auch dann behalten kann, wenn der Account bereits gelöscht wurde und die Mitgliedschaft damit gekündigt. Dieses Vorgehen stieß auf massive Proteste, sodass diese Änderung wieder zurückgenommen wurde - weiterhin steht es nun aber Facebook zu, die gesammelten Daten der User zu verwenden und weiterzugeben, solange der Account aktiv ist.

User CIA und Zensur

Dem nicht genug, können die Daten auch für politische Zwecke verwendet werden: Der US-Geheim-

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18.30,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Gasthaus "Zypresse",
7., Westbahnstrasse/Kaiserstrasse,
(Nähe Urban-Loritz-Platz)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18.30 Uhr,
Pizzeria La Piazza, 20., Gaussplatz 7
(3ter Gaussplatz, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

S P E N D E N

Unsere Arbeit kostet Geld.

Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gib't alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

CWI bei den EU-Wahlen

In einer Reihe von Ländern kandidieren die CWI-Organisationen zur EU-Wahl. Entweder eigenständig (wie in Irland, wo die Socialist Party gut verankert ist und mit Joe Higgins in der abgelaufenen Periode einen direkt gewählten Parlamentsabgeordneten hatte) oder sie beteiligen sich an sozialistischen Wahlbündnissen mit anderen linken Kräften – wie in Belgien und Schweden.

In Großbritannien haben die Socialist Party und die International Socialists (die CWI-Organisationen in England, Wales und Schottland) ein Wahlbündnis mit der britischen Eisenbahnergewerkschaft RMT und der Kommunistischen Partei gegründet: "No2EU–Yes4democracy" mit dem Generalsekretär der RMT, Bob Crow, als Listenführer. Dies ist insofern von Bedeutung, da sich zum ersten Mal eine Gewerkschaft in Britannien offen gegen New Labour stellt. Die Plattform lehnt die EU-Verfassung mit ihrem Privatisierungskurs und die arbeiterfeindlichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes ab, die Lohndumping ermöglichen. Trotz politischer Beschränkungen im Programm wird das Bündnis auch als wichtiger Pol gegen die faschistische BNP gesehen. Die größte Schwäche von No2EU–Yes4democracy ist jedoch, dass es nur als ein zeitweiliges Bündnis zu den EU-Wahlen konzipiert ist und von den anderen beteiligten Gruppierungen nicht als Startschuss zum Aufbau einer Neuen ArbeiterInnen-Partei in Großbritannien gesehen wird, was längst notwendig wäre.

Ungarn: Neue Regierung plant rigides Sparpaket

Ungarn durchlebt turbulente Zeiten. Derzeit wird Ungarn von einem so genannten Expertenteam regiert, die von einem Herren Bajnai, dem ehemaligen Leiter des Statistikamts, geleitet wird. Doch wer sich durch den Regierungswechsel Verbesserungen für die Arbeitenden, die Jugend und die verarmten PensionistInnen erwartete, wurde enttäuscht. Das neue Regierungsteam besteht aus Experten bei der Erstellung von Sparprogrammen und Sozialabbau. Neben einer Mehrwertsteuererhöhung sind Einsparungen im öffentlichen Sektor und bei den Pensionen geplant. Was in Ungarn längst überfällig ist, ist der Aufbau von klassenkämpferischen Gewerkschaften und einer neuen ArbeiterInnen-Partei, damit Widerstand von links gegen die Verschlechterungen bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen organisiert wird.

Europas ArbeiterInnen schlagen zurück: Streiks, Besetzungen und Bossnapping

Weltweit sind die Menschen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedroht. Ein erbitterter Kampf gegen Werkschließungen hat europaweit begonnen. Dabei werden "neue alte" Kampfformen wieder entdeckt.

von Lisa Wawra und Michael Gehmacher, SLP Wien

In Frankreich werden Manager von Konzernen, die Fabriken zusperren, in ihrem Büro festgehalten. Das Phänomen "Bossnapping" gab es in Frankreich schon in den 70ern und wurde im Zuge der Weltwirtschaftskrise bei Sony und bei Conti Frankreich neu entdeckt. Und inzwischen bei zahlreichen größeren und kleineren Firmen praktiziert. Eigene Unternehmensberater haben sich schon auf dieses Phänomen eingestellt. In Kursen wird "Schokolade und Zahnbürste mitnehmen" empfohlen, Manager wird auch geraten nicht an die Medien zu gehen, da dies die Macht der ArbeiterInnen nur verstärke. "Bossnapping" polarisiert, weil Belegschaften die Rechtsgüter "Arbeitsplatz und soziale Sicherheit" als wichtiger ansehen als die persönliche Freiheit der Manager. Dazu kommt: Belegschaften verlassen sich nicht auf Gerichte und Sozialpartnergremien sondern verschaffen sich selbst Recht. Das stört bürgerliche PolitikerInnen wie Frankreichs Präsident Sarkozy. Während des Kampfes der Belegschaft des Baumaschinen Konzerns Caterbiler drohte er, mit allen Mitteln "den Rechtsstaat" wiederherzustellen. Die Belegschaft sagte daraufhin Verhandlungstermine im Präsidentenpalast ab und "lud" Sarkozy zu Verhandlungen ins Werk ein. Zur Annahme dieses Angebots fehlte Sarkozy dann doch der Mut.

Auch Betriebsbesetzungen stehen europaweit wieder auf der Tagesordnung. Ein Beispiel dafür ist die englische Firma "Visteon". Sie gehörte früher zum Fordkonzern und produziert auch heute ausschließlich Autoersatzteile für Ford. Neal Cafferky, Sekretär der Socialist Party – SP in England, und Rob Williams, SP-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender im Ey-Visteon Werk "Linemar" in Swansea, waren live dabei, als die Werke besetzt wurden. Als Visteon zusperren wollte, gingen alle vier Standorte (Belfast, Enfield in Nordlondon, Basilton und Swansea) in den Arbeitskampf. In Belfast begann die Belegschaft nach der Rücksprache mit den Kollegen von Swansea das Werk zu besetzen.

Wie wichtig Spontanität und das entschlossene Eingreifen von MarxistInnen ist, zeigte sich in Enfield (Nordondon). Neal Cafferky erzählt: "Als am 1.4. die Besetzung in Belfast begann führen zwei Genossen und ich nach Enfield. Als wir ankamen waren die Tore geschlossen und der Parkplatz war leer. Wir hörten, das Werk sei endgültig dicht. Wir entdeckten ein Pub und schauten, ob da wer ist. Wir fanden einige von den Arbeitern. Sie waren von der Frühlingschicht, Sie kamen hin, arbeiteten noch die Schicht und wurden dann gefeuert. Viele waren noch ge-



In Frankreich werden Manager von Konzernen, die Fabriken zusperren, in ihrem Büro festgehalten. Das Phänomen "Bossnapping" gab es in Frankreich schon in den 70ern und wurde im Zuge der Weltwirtschaftskrise bei Sony und bei Conti Frankreich neu entdeckt.

schockt. Viele hatten große Zukunftsangst, da sie ja auch Kinder hatten, die nicht mehr zur Uni gehen konnten. Nach einigen Diskussionen wurden sie extrem wütend auf Ford und Visteon."

Neal erzählte von der Besetzung in Belfast und bot die Unterstützung des Betriebsrats in Swansea und der Socialist Party an. Es gab heftige Diskussionen, Emotionen, aber der Schock war noch zu groß. Die Sache schien gelaufen. Neal erzählt weiter: "Ich war frustriert und hakete die Sache ab. Als ich am nächsten Tag in der Früh fernsah kam ein Bericht von Visteon. Ich sah 20 der Arbeiter aus dem Pub. Sie standen am Fabriksdach. Sie hatten nach meinem Abzug weiter diskutiert und haben sich dann zur Aktion entschlossen."

Ein intensiver Arbeitskampf begann. Das Firmenmanagement brachte einige Arbeiter vor Gericht und

erwirkte einstweilige Verfügungen gegen einzelne Arbeiter die die Werke nicht mehr betreten dürfen. Gerichtliche Verfügungen, die wirkungslos blieben.

Am Montag dem 6.4 versprach das Management alle gerichtlichen Schritte einzustellen. Der Visteon Betriebsratsvorsitzende flog nach New York um direkt zu verhandeln. Die Besetzungen wurden bis Mittwoch weitergeführt, um die Verhandlungen abzuwarten. Am Donnerstag dem 9.4. wurde die Besetzung beendet. Verhandlungen über Sozialpläne und Weiterführung begannen. Noch einige Tage zuvor waren 2 Visteon Werke geräumt, die Arbeiter ohne jede Abfindung gekündigt und die Werke mit Securitys besetzt worden. Dass entschlossene Eingreifen der jungen Belegschaft mit erfahrenen MarxistInnen hatte in ein paar Tagen den Spieß komplett umgedreht.

Schwedische Nazis attackieren CWI-Mitglied

Mattias Bernhardsson im Interview über die Attacke auf ihn und den Kampf gegen Rechts

VORWÄRTS: Mattias, es gab einen gewaltsamen Übergriff von Nazis auf dich. Was genau ist passiert?

Am 21. März wurde Mattias Bernhardsson von Nazis gewaltsam angegriffen. Mattias ist Gemeinderat für die Rättvissepartiet Socialisterna (RS) und Mitglied des CWI in Schweden. Wir haben ihn zum Umgang mit rechter Gewalt befragt.

Mattias: Eine Gruppe von vier Nazis war mir und einem anderen Mitglied im Anschluss an eine Demonstration am 21. März nach Hause gefolgt. Die Angreifer waren mit Messer und Schlagringen bewaffnet und attackierten mich am Kopf und im Gesicht. Ich konnte sie allerdings entwarnen und in die Flucht schlagen. Ich wurde rasch ins Krankenhaus gebracht, zum Glück war ich nur leicht verletzt.

VORWÄRTS: Denkt ihr es war ein bewusster Angriff auf eure Partei oder nur gegen einen Linken?

Mattias: In den letzten 18 Monaten gab es eine Serie von 13

gewaltsamen Angriffen auf RS-Mitglieder, hauptsächlich in Götheborg. In dieser Stadt haben wir erfolgreich eine Blockade gegen Naziaktivitäten auf der Straße organisiert. Ich denke die Nazis greifen die Linke allgemein an. Ende November gab es zwei Fälle von Brandstiftung in Stockholm. Im einen Fall handelte es sich um ein linkes Kulturzentrum, im anderen um eine Familie von Syndikalisten. In der Woche nach dem Angriff auf mich wurden drei Mitglieder einer kommunistischen Jugendgruppe in einer weiteren Stadt attackiert. Wir werden von den Nazis herausgegriffen, weil alle unsere Aktivitäten öffentlich sind und der Rest der Linken still hält oder schwächer ist als vor zehn Jahren. Es gibt keine breite anti-rassistische Bewegung, trotz

einer starken antirassistischen Stimmung, die die schwedische Gesellschaft immer noch dominiert. Die offen rassistischen Schwedischen Demokraten liegen in den Umfragen zwischen 3 und 4 Prozent.

VORWÄRTS: Wie reagiert das Establishment, die Sozialdemokratie, die Grünen, die KP? Und können sie die Übergriffe stoppen?

Mattias: Die etablierten Parteien bewegen sich Lichtjahre von der Wirklichkeit entfernt. Während der gesamten 90er Jahre sagten sie, dass alle die Nazis schlicht ignorieren sollten. Zur selben Zeit bereiteten sie den Boden für Rassismus und Nazis durch Staatsrassismus und Sozialabbaumaßnahmen. In den letzten Jahren haben sie mit den Schwedi-

schen Demokraten öffentliche Debatten abgehalten und argumentierten, dass Migration der Hauptgrund für Rassismus ist. Aber weniger Migration hält die Rassisten nicht auf – es ermutigt sie.

VORWÄRTS: Was tut ihr selbst gegen rechte Gewalt? Was wollt ihr tun, um in Zukunft Übergriffe zu vermeiden?

Mattias: Wir kämpfen gegen Nazis wo auch immer sie auftauchen, versuchen so viele Menschen wie möglich zu organisieren. In meiner Nachbarschaft hatten wir ein Treffen mit 250 Menschen, nur ein paar Tage nach dem Angriff auf mich. Unsere eigene Partei, kämpferische Gewerkschaften und eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen sind der Schlüssel, um Rassismus zu stoppen.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 181

Mai 2009

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



Rechte Szene jetzt ZERSCHLAGEN!

► Nur Druck von unten bringt's!

Durch den Druck "der Straße" konnten in den letzten Wochen zwei große Erfolge erzielt werden: In Braunau marschierten am 20. April statt rechter Banden linke AktivistInnen. Und am 1. Mai wurde eine rechtsextreme Kundgebung in letzter Minute untersagt. Gleichzeitig steht mit Gerd Honsik ein führender Neonazi endlich vor Gericht und könnte zu einer Haftstrafe verurteilt werden. Allerdings: Weder hat hier der "Rechtsstaat" klaglos funktioniert, noch ist die rechte Gefahr dadurch gebannt. Nicht zuletzt deshalb weil am 1. Mai in Linz auch HC Strache seine Hetze verbreiten wird und es nicht auszuschließen ist, dass die Nazis trotzdem irgendwo unter Duldung der Polizei marschieren.

Gerichte und Behörden im Kampf gegen Rechts?

Teil antifaschistischer Strategiedebatten ist immer die Frage inwieweit man auf Gerichte und Behörden in der Auseinandersetzung mit der rechten Szene setzen soll. Fakt ist, dass die Freisprüche im Prozess gegenüber dem "Bund freier Jugend" die rechte Szene

in den letzten Monaten enorm beflügelt haben. Fakt ist auch, dass gerade in Oberösterreich Kundgebungen und Demonstrationen gegen rechte Treffen immer wieder massiv kriminalisiert wurden. Bereits 2006 berichtete Vorwärts: "Die neuerliche Abhaltung eines Nazi-Aufmarsches in Ried/Innkreis beweist, dass die Vorgehensweise der Behörden nichts mit einem Missverständnis zu tun haben kann. Während die Polizei die Untersagung der Nazi-Aktion am 27. Mai trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht umsetzte, wurden zwei AntifaschistInnen und Mitglieder der SLP verhaftet." Auch die Untersagung der beiden Kundgebungen in Braunau und Linz bedeutet noch lange nicht, dass die Rechten nicht weiter versuchen die Straße zu erobern. Daher ist es notwendig - egal ob ein behördliches Verbot vorliegt oder nicht - dort wo diese Szene einmal angekündigt hat aufzutreten, dagegen zu mobilisieren und ggf. schnell und flexibel derartige Zusammenrottungen aufzulösen. Ebenso stellt sich die Frage, warum die FPÖ in Linz ungestört ihre Mai-Kundgebung durchführen

soll, bei der nichts als Lügen und Hetze über MigrantInnen verbreitet werden.

Die Erfahrung der Vergangenheit

Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage ist in vielen Punkten den 1920er und 30er Jahren nicht unähnlich. Die rechte Szene setzt auf "Kapitalismuskritik" und präsentiert sich und ihren Nationalismus als einzige Alternative. Wenn Linke selbst keine Antworten auf die kapitalistische Krise geben, dann werden sie langfristig wenig gegen die Strategie der Rechten ausrichten können. Die SLP tritt deshalb für eine echte, nämlich sozialistische und internationale Systemalternative ein. Gleichzeitig müssen wir aus den historischen Erfahrungen lernen: Durch entschlossenes Handeln gegenüber den ersten faschistischen Banden in Italien, Deutschland und Österreich hätte diese Szene vielleicht Anfang der 1920er Jahre zerschlagen werden können. Erst das ständige Zurückweichen der ArbeiterInnenbewegung, das Hoffen auf das Handeln der Behörden hat diese Szene stark und mutig gemacht. Bis es schließlich zu spät war.

Das wollen die Rechten wirklich I

"Es sollte jedoch noch bis in die 30er Jahre dauern, ehe sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes grundlegend besserten." (Aus dem Maiaufbruch der rechtsextremen NVP 2009)

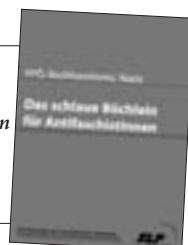
Da hier wohl weder die Zeit vor 1933/34, noch die austrofaschistische Periode gemeint ist, handelt es sich hier um eine unverhohlene Verherrlichung der NS-Zeit. Doch wie stellten sich die "Arbeits- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes" tatsächlich dar?

- Zwangsarbeit und Ermordung für Millionen Menschen
- Keine Gewerkschaften; Betriebsführerprinzip
- Umfassende Kontrolle und Repression im Betrieb (bis zu KZ bei Fernbleiben vom Arbeitsplatz)
- Reallöhne & Lohnquote sanken - Gewinne stiegen

Das wollen die Rechten wirklich II

FPÖ für Sammellager? Im AK-Wahlkampf hetzen die Freiheitlichen Arbeitnehmer "1 Million Österreicher sind armutsgefährdet (...). ABER: Alleine 2006 und 2007 mehr als 650 Millionen Euro an Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für Nichtösterreicher!" Sind also MigrantInnen schuld an der Armut? Nicht etwa die Banken und Konzerne, für die die FPÖ Hilfspakete mitbeschlossen hat? Und was passiert wenn man "Nichtösterreichern" ihre - übrigens rechtmäßig erworbenen - Ansprüche im Nachhinein verweigert? Man schafft ein Heer von Menschen ohne jegliches Einkommen. Und was macht die FPÖ dann mit diesen? Massenabschub? Wenn sich dieser als unmöglich erweist, weil auch andere die Grenzen dicht machen? Konzentration in Sammellagern? Ein Horrorszenario - von dem übrigens wohl kaum jene profitieren würden, die laut FPÖ als "echte" Österreicher gelten.

Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen kannst du auf www.slp.at bestellen!



► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at